

Niederschrift

über die 15. Sitzung des Rates am 13.06.2023
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	6
1 Einwohnerfragestunde	6
2 Neuwahl des 2. Stellvertretenden Bürgermeisters Vorlage: SB9JR/1713/2023	6
3 Integriertes Handlungskonzept Osterath; hier: Ergänzung des Maßnahmenprogrammes sowie räumliche Anpassung der Gebietsabgrenzung des Stadtumbaugebietes Vorlage: FB4/1684/2023	7
4 Beschluss der 116. Änderung des Flächennutzungsplanes, Meerbusch-Büderich, „SO Einzelhandel und Gartencenter“ Vorlage: FB4/1696/2023	9
5 Beitritt der Stadt Meerbusch ins Netzwerk Innenstadt NRW Vorlage: FB4/1679/2023	10
6 Neufassungen von Hauptsatzung und Geschäftsordnung der Stadt Meerbusch Vorlage: SB9JR/1687/2023/1	10
7 Gleichstellungsplan 2023 - 2027 Vorlage: SB7SZD/1711/2023	13
8 Neufassung der Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege Vorlage: FB21/1658/2023	14
9 Vorbereitung der Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Wahlperiode 01.01.2024 bis 31.12.2028 Vorlage: FB21/1702/2023	14
10 Vorbereitung der Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Wahlperiode 01.01.2024 - 31.12.2028 Vorlage: SB9JR/1712/2023	15
11 Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabschlusses 2022 Vorlage: SB8SFI/1709/2023	15
12 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 GO NRW über eine überplanmäßige Auszahlung Vorlage: SB11/1708/2023	15
13 Änderungssatzung der Satzung für den Seniorenbeirat Vorlage: FB22/1715/2023	16
14 Anträge	16

14.1	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen - Einführung der Grundsteuer C Vorlage: SB9JR/0456/2023	16
14.2	Antrag der CDU - Umbesetzung von Ausschüssen Vorlage: SB9JR/0463/2023	17
14.3	Antrag der UWG-Fraktion - Umbesetzung von Ausschüssen	18
15	Anfragen	18
15.1	Anfrage GRÜN-alternativ - Ansiedlung einer Kindertagesstätte im Bereich Fröbelstraße Vorlage: SB9JR/0208/2023	18
16	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	19
17	Termin der nächsten Sitzung: 26.10.2023	20
18	Verschiedenes	20

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Frau Ilona Appel	Ratsmitglied
Herr Herbert Becker	Ratsmitglied
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied
Herr Claus Fischer	Ratsmitglied
Herr Markus Frank	Ratsmitglied
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied
Herr Fabian Hasebrink	Ratsmitglied
Herr Andreas Hoppe	Ratsmitglied
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied
Frau Nicole Joliet-Heising	Ratsmitglied
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied
Frau Norma Köser	Ratsmitglied
Herr Stefan Mosch	Ratsmitglied
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied
Herr Max Pricken	Ratsmitglied
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied
Herr Daniel Thywissen	Ratsmitglied
Herr Gerd van Vreden	Ratsmitglied
Herr Dr. Harald von Canstein	Ratsmitglied
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse	Ratsmitglied
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Herr Dieter Jüngerkes	Ratsmitglied
Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied
Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
Frau Kirsten Danes	Ratsmitglied
Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied
Herr Karl Trautmann	Ratsmitglied

Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied
von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Ulrike Boldt	Ratsmitglied
Herr Dario Dammer	Ratsmitglied
Frau Monika Driesel	Ratsmitglied
Frau Leoni Kanders	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied
Herr Christoph Weigle	Ratsmitglied
von der Fraktion GRÜN-alternativ	
Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
Herr Torsten Schmitt	Ratsmitglied
von der Fraktion UWG/Freie Wähler	
Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
fraktionsloses Ratsmitglied	
Herr Zacharias Schalley	Ratsmitglied
von der Fraktion Die Fraktion	
Herr Marco Nowak	Ratsmitglied
Herr Andreas Wagner	Ratsmitglied
von der Verwaltung	
Herr Peter Annacker	Vertreter der Stadt
Herr Andreas Apsel	Erster und Technischer Beigeordneter
Frau Anika Kleinert	
Herr Dr. Marc Saturra	Leiter Justizariat und Ratsbüro
Herr Christian Volmerich	Stadtkämmerer
Schriftführer	
Herr Patrick Wirtz	Referent des Bürgermeisters
es fehlen:	
von der CDU-Fraktion	
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied
Herr Jonas Kräling	Ratsmitglied
von der SPD-Fraktion	
Herr Michael Billen	Ratsmitglied
von der FDP-Fraktion	
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied
von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Aliina Housden	Ratsmitglied

Herr Joris Mocka
Frau Sarah Winter

Ratsmitglied
Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler
Frau Rita Henning

Ratsmitglied

fraktionsloses Ratsmitglied
Herr Klaus Rettig

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Bürgermeister Bommers die anwesenden Mitglieder des Stadtrates und der Verwaltung sowie die Zuschauerinnen und Zuschauer vor Ort und im Live-Stream.

Änderungen zur Tagesordnung bestehen nicht.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Geplanter Bürgerpavillon des Vereins „Kleene Strömper“ in Strümp

Bernd Kehrberg, Anwohner aus Strümp, nimmt Bezug auf den durch den Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau gefassten Beschluss zur finanziellen Unterstützung der Stadt Meerbusch für den Verein „Kleene Strömper“ zur Errichtung eines Pavillons an der Buschstraße in Strümp. Er weist auf die eingegangenen Beschwerden der Anlieger hin und fordert Rat und Verwaltung auf, die Pläne nicht weiter zu unterstützen. Er erkundigt sich diesbezüglich nach dem weiteren, geplanten Vorgehen zum Projekt.

Bürgermeister Bommers führt aus, dass der Verein bereits vor einiger Zeit mit der Projektidee an die Verwaltung herangetreten sei. Die Finanzierung des Pavillons erfolge zu überwiegenden Teilen aus Fördermitteln des Landes NRW sowie Eigenmitteln des Vereins. Seitens der Stadt werde ein Anteil bezuschusst, der ursprünglich für die Errichtung eines städtischen Grillplatzes an besagter Stelle veranschlagt worden sei, aufgrund von ablehnenden Eingaben aus der Nachbarschaft habe man von diesem Projekt jedoch Abstand genommen.

Mit Blick auf den nun geplanten Pavillon seien mögliche negative Auswirkungen auf das Umfeld hinsichtlich der Ökologie der Grünfläche sowie Emissionen aus der Nutzung als Treffpunkt nach entsprechender Prüfung nicht erkennbar. Der Verein habe diesbezüglich seine ursprüngliche Planung angepasst. Demnach unterstützten Rat und Verwaltung das Projekt des Vereins.

Die vorliegenden Beschwerden aus der Nachbarschaft würden aktuell geprüft und in Kürze beantwortet.

Weitere Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

2 Neuwahl des 2. Stellvertretenden Bürgermeisters Vorlage: SB9JR/1713/2023

Beschluss:

Der Rat wählt Ratsfrau Heidemarie Niegeloh zur 2. stellvertretenden Bürgermeisterin der Stadt Meerbusch.

Abstimmungsergebnis:

40 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung.

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion stellt sich Ratsfrau Heidemarie Niegeloh zur Wahl.

Nach der Wahl erklärt sie die Annahme des Votums. Bürgermeister Bommers führt Ratsfrau Niegeloh als 2. stellvertretende Bürgermeisterin in ihr Amt ein und verpflichtet sie, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Einwohner zu erfüllen.

3 Integriertes Handlungskonzept Osterath; hier: Ergänzung des Maßnahmenprogrammes sowie räumliche Anpassung der Gebietsabgrenzung des Stadtumbaugebietes Vorlage: FB4/1684/2023

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das am 23. Juni 2022 durch den Rat der Stadt Meerbusch beschlossene Integrierte Handlungskonzept (IHKO) für den Stadtteil Meerbusch-Osterath mit Stand vom Mai 2022 durch die in Anlage 1 der Beschlussvorlage dargestellten Teilmaßnahmen zu ergänzen.

Die neuen Teilmaßnahmen A5 (Hof- und Fassadenprogramm) und E5 (Verfügungsfonds), sowie die modifizierte Maßnahme E3 (Tag der Städtebauförderung) und die im IHKO bereits aufgeführte Maßnahme A3 (Citymanagement) sind in die Liste der Projekte aufzunehmen, für die finanzielle Mittel im Rahmen der Städtebauförderung beantragt werden sollen.

Die Stadt folgt hiermit der Empfehlung des Fördermittelgebers.

2. Das in Anlage 2 dargestellte Fördergebiet / Maßnahmenggebiet wird erweitert und als Stadtumbaugebiet gemäß § 171 (1) BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1.

Teilmaßnahme A5

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen		7	
Grün alternativ		4	
UWG	1		
Die Fraktion			2
Schalley (AfD)			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	39	11	3

Teilmaßnahme B8

einstimmig

Teilmaßnahme E3

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen		7	
Grün alternativ		4	
UWG	1		
Die Fraktion	2		
Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	42	11	

Teilmaßnahme E5

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen		7	
Grün alternativ		4	
UWG	1		
Die Fraktion	2		
Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	42	11	

Teilmaßnahme A3

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen		7	
Grün alternativ		4	
UWG	1		
Die Fraktion	2		
Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	42	11	

Zu 2.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen		7	
Grün alternativ		4	
UWG	1		
Die Fraktion	2		
Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	42	11	

Ratsherr Damblon berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

Ratsfrau Glasmacher erkundigt sich, ob mit den Stadtwerken Gespräche hinsichtlich des Aufstellens von Trinkwasserbrunnen geführt worden seien, sodass diese in das Programm aufgenommen werden könnten.

Bürgermeister Bommers berichtet hierzu, dass Gespräche geführt worden, seien, die Installation aus verschiedenen Gründen jedoch abgelehnt würde.

Ratsfrau Dr. Schomberg beantragt getrennte Abstimmung der Teilmaßnahmen. Dem wird aus dem Rat zugestimmt.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes regt an, die im Rahmen der Digitalstrategie vorgesehene App aufgrund der Planungsweite als eines der ersten Projekte auch mit in das Programm zu integrieren.

Ratsherr Jörgens begrüßt die über die Städtebaufördermittel eingehenden Zuschüsse, verweist jedoch auch auf die jeweiligen Eigenanteile. Die einzelnen Maßnahmen und deren Finanzierung sollten daher auch künftig mit Weitblick betrachtet und geplant werden.

4 **Beschluss der 116. Änderung des Flächennutzungsplanes, Meerbusch-Büderich, „SO Einzelhandel und Gartencenter“** **Vorlage: FB4/1696/2023**

Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zu den eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB wird zugestimmt (vgl. Anlage 15). Zugleich wird die Abwägung der bisher vorliegenden Stellungnahmen lt. Anlage 5a und 5b bestätigt.
2. Die 116. Flächennutzungsplanänderung, Meerbusch-Büderich, „SO Einzelhandel und Gartencenter“ (vgl. Anlagen 1+2) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	7		
Grün alternativ	3		1
UWG	1		
Die Fraktion		2	
Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	50	2	1

Ratsherr Damblon berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

5 Beitritt der Stadt Meerbusch ins Netzwerk Innenstadt NRW
Vorlage: FB4/1679/2023

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die Beantragung der Mitgliedschaft im „Netzwerk Innenstadt NRW“ mit einem aktuell jährlichen Mitgliederbeitrag i. H. v. voraussichtlich 1.340,- €. Die Mindestlaufzeit der Mitgliedschaft beträgt drei Jahre.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Mitgliedsrechte der Stadt Meerbusch im Netzwerk Innenstadt NRW wahrzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Damblon berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

Auf Nachfrage erläutert Erster und Technischer Beigeordneter Apsel, dass aus der Mitgliedschaft und die damit einhergehende Vernetzung eine Verbesserung der Beratung und des Dialogs erwartet würden, zudem Zugang zu Informationen und ein Erfahrungsaustausch, die ohne eine Mitgliedschaft nicht möglich würden.

6 Neufassungen von Hauptsatzung und Geschäftsordnung der Stadt Meerbusch
Vorlage: SB9JR/1687/2023/1

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die als Anlage 1 zur Beschlussvorlage beigefügte Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Meerbusch.

2. Der Rat beschließt die als Anlage 2 zur Beschlussvorlage beigefügte Neufassung der Geschäftsordnung der Stadt Meerbusch.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen		7	
Grün alternativ		4	
UWG		1	
Die Fraktion		2	
Schalley (AfD)		1	
Bürgermeister	1		
Gesamt	38	15	

Zu 2.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	7		
Grün alternativ		4	
UWG	1		
Die Fraktion		2	
Schalley (AfD)		1	
Bürgermeister	1		
Gesamt	46	7	

Bürgermeister Bommers und Justiziar Dr. Saturra führen zu den Vorberatungen des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses aus. Die dort beschlossenen Änderungen seien in die vorliegenden Entwürfe eingearbeitet worden.

Justiziar Dr. Saturra erläutert weiterhin aufgrund vorheriger Nachfrage, dass eine Einschränkung des Aufgabenbereiches der stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten in §3 (2) der Hauptsatzung zwar in der Mustersatzung vorgesehen werde, es hierzu jedoch keine rechtliche Grundlage gebe. Sofern der Rat die Streichung dieser Einschränkung des Aufgabenbereiches wünsche, könne dies erfolgen. Einwände hierzu bestehen nicht, Ratsherr Jüngerkes beantragt die Abstimmung über diese Änderung.

Bürgermeister Bommers lässt entsprechend über die Änderung des §3 (2) der Hauptsatzung auf Streichung der Einschränkung des Aufgabenbereiches der stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Demnach wird die Einschränkung des Aufgabenbereiches der stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten aus §3 (2) der Hauptsatzung gestrichen.

Unter Bezug auf die in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses zugesagte Prüfung einer erforderlichen Fristwahrung für Anregungen und Beschwerden nach §24 GO in den Fällen, in denen der Antrag den Hauptausschuss nur als Beschwerde- und nicht als Fachausschuss betrifft führt er aus, dass eine Fristwahrung für etwaige Anträge der geltenden Ladungsfrist nicht unterliegen müssten. Demnach könnte eine Beschlussvorlage der Anträge zum Verweis in den Fachausschuss auch kurzfristig noch in die Tagesordnung des Hauptausschusses als Beschwerdeausschuss aufgenommen werden. Eine entsprechende Regelung sei unter §7 (5) der Hauptsatzung aufgenommen worden. Diesem Vorschlag wird durch den Rat zugestimmt, Einwände werden nicht geäußert.

Ratsherr Wagner erklärt die Ablehnung des §6 (2) lit. g) der Geschäftsordnung. Der Ausschluss der Öffentlichkeit sei nicht akzeptabel, er halte die Regelung für rechtswidrig. Seine Fraktion werde daher im Falle eines Beschlusses eine rechtliche Prüfung anberaumen lassen.

Ratsfrau Dr. Schomberg erklärt, dass ihre Fraktion der Hauptsatzung nicht zustimmen werde, da diese in der vorliegenden Fassung gemäß Beschluss des Hauptausschusses keine hybriden Sitzungen außerhalb besonderer Lagen vorsehe.

Ratsherr Peters erklärt seine Zustimmung zu den Ausführungen des Rats Herrn Wagner und der Ratsfrau Dr. Schomberg. Auch seine Fraktion werde im Falle eines Beschlusses eine rechtliche Prüfung des §6 (2) lit. g) der Geschäftsordnung anstreben.

Justiziar Dr. Saturra führt mit Blick auf diese Ankündigungen nochmals zur Intention der Regelung aus. Demnach sei eine klare Abgrenzung zur Beratung planungsrechtlich relevanter Themen gegeben, da diese per Gesetz öffentlich zu beraten seien und nicht zur Disposition stünden. Darüber hinaus gelte auch weiterhin der Grundsatz der Öffentlichkeit, gemäß Gemeindeordnung NRW könne die Stadt per Regelung in der Geschäftsordnung hiervon in begründeten Ausnahmen jedoch abweichen. Mit der einzuführenden Regelung in der Geschäftsordnung werde gegenüber der gängigen Praxis, nach der bereits nicht-öffentliche Beratungen in verschiedenen Gremien abgehalten würden, eine Rechtssicherheit geschaffen.

Ratsherr Jörgens sieht die Regelung in einer rechtlichen Grauzone, deren Anwendbarkeit sich in der Praxis bewähren müsse. Die Durchführung hybrider Sitzungen sei zwar zu begrüßen, die technischen Voraussetzungen auf Landesebene dafür jedoch noch nicht geschaffen. Sobald die Voraussetzungen vorlägen, könne eine Anpassung der Regelung erfolgen.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes teilt die Kritik am Wegfall hybrider Sitzungen. Zum Thema der nicht-öffentlichen Beratung bestimmter Themen stimme sie dem Ansatz der Verwaltung zu, der Nutzen einer solchen Regelung überwiege gegenüber den Einschränkungen.

Ratsherr Damblon erklärt seine Zustimmung zur Regelung, um Politik und Verwaltung frühzeitig die Möglichkeit gemeinsamer Beratungen in sensiblen Themen zu geben.

Ratsherr Peters beantragt sodann die Streichung des §6 (2) lit. g) aus dem Entwurf der Geschäftsordnung und entsprechend getrennte Abstimmung über die Aufnahme dieser Regelung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		24	
SPD		8	
FDP		5	
Bündnis 90 / Die Grünen		7	
Grün alternativ	4		
UWG		1	
Die Fraktion	2		
Schalley (AfD)		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	6	47	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Justiziar Dr. Saturra erklärt, dass für den Beschluss zu §12 (5) der Hauptsatzung eine 2/3-Mehrheit erforderlich würde, für die übrige Hauptsatzung sei eine einfache Mehrheit ausreichend.

Bürgermeister Bommers lässt daher zunächst über die Aufnahme des §12 (5) der Hauptsatzung in der vorliegenden Form abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über die Gesamtbeschlüsse zur Neufassung der Geschäftsordnung sowie der Hauptsatzung abstimmen.

7 Gleichstellungsplan 2023 - 2027 **Vorlage: SB7SZD/1711/2023**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt den als Anlage zur Beschlussvorlage beigefügten Gleichstellungsplan für die Jahre 2023 - 2027.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		1
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	7		
Grün alternativ	4		
UWG	1		
Die Fraktion	2		
Schalley (AfD)		1	
Bürgermeister	1		
Gesamt	51	1	1

Ratsfrau Kandera erkundigt sich nach der Anwendung neutraler bzw. gendgerechter Sprache.

Bürgermeister Bommers erläutert, dass dies wo immer möglich angewandt würde.

Ratsfrau Kohn fordert, dass auch Männern die Wahrnehmung von Elternzeit gewährt werden solle, die Stadt als Arbeitgeber solle dies fördern.

Bürgermeister Bommers führt hierzu aus, dass es keinem männlichen Mitarbeitenden verwehrt würde, Elternzeit zu nehmen; es handle sich vielmehr um persönliche Entscheidungen der Betroffenen.

8 Neufassung der Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege **Vorlage: FB21/1658/2023**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die vorgelegte Neufassung der Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege. Mit dem Beschluss wird die Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege vom 10. Juli 2013 außer Kraft gesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Schoppe berichtet aus den Vorberatungen des Jugendhilfeausschusses.

9 Vorbereitung der Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Wahlperiode 01.01.2024 bis 31.12.2028 **Vorlage: FB21/1702/2023**

Beschluss:

Der Rat beschließt, dem Amtsgericht Neuss die in der nachfolgenden Liste aufgeführten Bewerberinnen und Bewerber für das Amt der Jugendschöffinnen und -schöffen – Wahlperiode 2024 bis 2029 – vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Focken erklärt seine Befangenheit und nicht an der Abstimmung nicht teil.

Ratsfrau Schoppe berichtet aus den Vorberatungen des Jugendhilfeausschusses.

10 Vorbereitung der Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Wahlperiode 01.01.2024 - 31.12.2028
Vorlage: SB9JR/1712/2023

Beschluss:

Der Rat beschließt, die als Anlage beigefügte Vorschlagsliste für die Schöffinnen und Schöffen für die Wahlperiode 2024 bis 2028 aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Trautmann erklärt seine Befangenheit und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

11 Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses 2022
Vorlage: SB8SFI/1709/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch stellt fest, dass die Voraussetzungen zur Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses für das Jahr 2022 gem. § 116a GO NRW vorliegen und beschließt daher keinen Gesamtabschluss 2022 aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 GO NRW über eine überplanmäßige Auszahlung
Vorlage: SB11/1708/2023

Beschluss:

Die nachfolgende, am 09.05.2023 nach § 60 Abs. 1 GO NRW getroffene dringliche Entscheidung wird gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt:

Im Wege der Dringlichkeit nach § 60 Abs. 1 GO NRW treffen der Unterzeichner und ein Ratsmitglied anstelle des Rates folgende Entscheidung:

Der Rat der Stadt Meerbusch stimmt der Genehmigung einer Auftragsenerweiterung in Höhe von 80.000,- € bei dem Produkt 010.1211.080 – Serviceleistungen Baubetriebshof, Maßnahme 7.01005151.710.001, 78530000 – Sanierung Kunstrasen Sportanlage Bösinghoven – zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		1
Grün alternativ	4		
UWG	1		
Die Fraktion	2		
Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	52		1

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel sowie Stadtkämmerer Volmerich führen zu den Inhalten der Vorlage und den Gründen für die dringliche Entscheidung aus .

13 Änderungssatzung der Satzung für den Seniorenbeirat
Vorlage: FB22/1715/2023

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage zur Beschlussvorlage beigefügte I. Änderungssatzung der Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Meerbusch.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

14 Anträge

14.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen - Einführung der Grundsteuer C
Vorlage: SB9JR/0456/2023

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung der Grundsteuer C für das kommende Haushaltsjahr vorzubereiten und dem Rat Daten zur Verfügung zu stellen, die Auskünfte über erzielte Einnahmen bei verschiedenen Hebesätzen und den aktuell steuerbaren Flächen geben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

14.3 Antrag der UWG-Fraktion - Umbesetzung von Ausschüssen**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt folgende Ausschussumbesetzung:

Kulturausschuss

streiche stellvertretendes Mitglied Vera Wiegner-Broscheit

Ausschuss für Schule und Sport

streiche stellvertretendes Mitglied Vera Wiegner-Broscheit

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

15 Anfragen**15.1 Anfrage GRÜN-alternativ - Ansiedlung einer Kindertagesstätte im Bereich Fröbelstraße
Vorlage: SB9JR/0208/2023**

Die Anfrage der Fraktion Grün-alternativ wird wie folgt beantwortet:

1. Die Verwaltungsvorlage hat ursprünglich eine Büro-Nutzung im Obergeschoss vorgesehen, und zwar durch die Verwaltung. Welche Gründe führen dazu, dass nun hiervon abgewichen werden soll?
2. Aus dieser Veränderung ergeben sich möglicherweise finanzielle Belastungen, da nun andere Räumlichkeiten angemietet werden sollen. Gibt es eine Vergleichsberechnung der nun geplanten Kosten zur ursprünglichen Planung? Wie hoch wären die späteren Kosten, wenn die Stadt selbst Bauträger wäre?

Die Fragen 1 und 2 werden zusammen beantwortet. Hierzu führt Bürgermeister Bommers aus, dass im Rahmen der Planung durch den Vorhabenträger eine Büronutzung im Obergeschoss vorgeschlagen worden sei, in die Investitionskostenförderung fielen jedoch nur die Räumlichkeiten für die geplante Kita. Eine Anmietung der geplanten Büroflächen könne daher nur zu sehr hohen Konditionen erfolgen, daher habe die Verwaltung von diesen Planungen Abstand genommen. Entsprechend seien auch keine Vergleichsberechnung angestellt worden.

3. Der Kaufpreis wurde, nach Auskunft im letzten APL (auf Nachfrage), aufgrund der Verkleinerung des Baukörpers und der anfallenden Abrisskosten, deutlich reduziert. Gibt es eine solche Regelung auch für andere Verkäufe, z.B. abhängig von der Geschossigkeit? Wann wurde diese Veränderung im Planungsausschuss beraten?

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel führt aus, dass der Wert des Grundstückes im Rahmen eines Wertgutachtens ermittelt worden sei. Dies sei bereits im August 2022 erfolgt, sodass dieses bereits vor der aktuellen Planung und Beschlussfassung zu den Befreiungen erstellt worden sei und vorgelegen habe. Die Reduzierung des Kaufpreises sei mit Blick auf die durch den Vorhabenträger zu leistenden Aufwendungen für den Abriss des Gebäudebestandes erfolgt, nicht aufgrund nunmehr geringerer Bauvolumina durch den Verzicht auf die Büronutzung. Auf Nachfrage ergänzt er zudem, dass diese Entwicklung auch bei der Verhandlung und Festlegung zum Mietzins berücksichtigt würde.

4. Zukünftige Kosten: Ist bereits ein möglicher Betreiber vorgesehen? Wie werden die Mietkonditionen / Folgekosten sein?

Dezernent Annacker erläutert, dass für die kommende Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Beschluss zur Einleitung eines Interessensbekundungsverfahrens für die künftige Trägerschaft vorgesehen sei, in der darauffolgenden Sitzung könne dann aller Voraussicht nach ein Beschluss zur Trägerschaft gefasst werden. Entgegen anderer Projekte werde zur Finanzierung des Vorhabens kein Mietkostenzuschuss, sondern ein Investitionskostenzuschuss berücksichtigt, der dem Investor zufließe, sodass dies bei der Miete berücksichtigt werden könne.

5. Befreiungen vom bestehenden Bebauungsplan: Die Planungen erforderten Befreiungen vom B-Plan 182, die auch im Planungsausschuss am 03.03.2023 beraten und beschlossen wurden. Die aktuellen Beratungen waren insofern beeinträchtigt, als von dieser Sitzung keine Niederschrift in Mandatos eingestellt wurde. Hier die Bitte, dies zeitnah nachzuholen. Erfordern die erneuten Abweichungen evtl. weitere Anpassungen / Befreiungen des B-Plans 182, da es dort – nach Beschluss – eine Vorgabe zur Geschossigkeit und zur Nutzung gab?

Bürgermeister Bommers erklärt, dass der gefasste Beschluss einen weiteren Rahmen zur Befreiung vom B-Plan gebe, als nunmehr erforderlich würde. Da es sich demnach um keine weitergehende Befreiung handle, sei kein erneuter Beschluss erforderlich.

6. Energieversorgung: Die bisherigen Informationen machen hierzu keine Angabe, außer, dass keine Feuerstellen vorgesehen sind. Ist beabsichtigt, die Energieversorgung unabhängig vom zukünftigen, noch zu beschließenden B-Plan 308 zu planen oder gibt es ein Konzept mit dem Gesamtgebiet?

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel führt aus, dass die Energieversorgung bislang noch kein Thema gewesen sei; da das Planungsverfahren aktuell noch laufe, seien Informationen hierzu im weiteren Prozess zu erwarten. Auf Nachfrage hinsichtlich der Berücksichtigung einer ganzheitlichen Energieversorgung für das Entwicklungsgebiet rund um die Kita erläutert er, dass die Entwicklung der Kita der Realisierung des Wohnungsbaus im Umfeld zeitlich deutlich zuvor laufe, daher sei eine inkludierte Entwicklung nicht möglich.

16 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Rat nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

B-Plan 309 / Langst-Kierst

Ratsherr Peters erkundigt sich nach dem Sachstand des Planverfahrens.

Erster und Technischer Beigeordneter sagt eine nachträgliche Beantwortung nach Klärung des Sachstandes zu.

Bahnunterführung Osterath

Bürgermeister Bommers berichtet, dass es im Rahmen eines kürzlichen Telefonates zur Information gekommen sei, dass die DB weiterhin intensiv an einer Lösung für die vorzeitige Fortführung der Arbeiten arbeite und die Verwaltung alsbald informieren wolle.

Städtepartnerschaft Fastiv

Bürgermeister Bommers berichtet, dass im Rahmen der projektbezogenen Partnerschaft mit der ukrainischen Stadt Fastiv ein weitergehender Austausch stattfindet, im September werde in diesem Rahmen der Besuch einer Delegation von Kindern und Jugendlichen der Musikschule aus Fastiv in Meerbusch erwartet, die Planungen hierzu liefen derzeit an.

17 Termin der nächsten Sitzung: 26.10.2023

Bürgermeister Bommers weist darauf hin, dass für den 28.09.2023 erneut eine informelle Sitzung des Rates zum Haushalt 2024 und der weiteren Projektplanung beabsichtigt sei.

18 VerschiedenesWorkshop Haus Meer

Aus dem Plenum wird Kritik am Termin des Workshops für die Entwicklung von Haus Meer geübt, da unter anderem eine Sitzung des Kreistages für den gleichen Nachmittag terminiert sei.

Bürgermeister Bommers weist darauf hin, dass dieser Umstand bekannt sei, eine andere Terminierung vor den Sommerferien sei jedoch nicht möglich gewesen, mit Blick auf die um 15:30 Uhr beginnende Sitzung des Kreistages sei der Beginn des Workshops auf 17:30 Uhr verlegt worden.

GWH / RheinEck

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erkundigt sich nach dem Sachstand der geplanten Baumaßnahmen. Nach vorliegenden Informationen sollten die ersten Bauanträge im ersten Halbjahr 2023 gestellt werden.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel weist darauf hin, dass die zurückgehende Baukonjunktur auch diese Maßnahmen beeinflusse, die Planungen der GWH liefen jedoch weiter, auch sei eine Umsetzung weiterhin geplant.

RegioNetzwerk

Auf Nachfrage aktueller Aktivitäten im Netzwerk führt Erster und Technischer Beigeordneter Apsel aus, dass die Vernetzung und die Aktivitäten im Netzwerk aufgrund verschiedener personeller Entwicklungen in den beteiligten Städten nachgelassen habe. Auf Dezernentenebene sei daher ein Termin geplant, um das Netzwerk wiederzubeleben und über erforderliche Maßnahmen hierzu zu beraten.

Glasfaserausbau

Ratsherr Bertholdt weist darauf hin, dass nach dem teilweisen Rückzug der Deutschen Glasfaser die Deutsche Telekom einen hohen Anteil an Vertragsschlüssen verzeichne, teils unter Nutzung der Fa. Ranger zur Kundenakquise. Diese Firma arbeite jedoch mit hohem Kundendruck und unlauteren Mitteln. Entsprechend solle das Erfordernis einer möglichen Sondernutzungserlaubnis für die Kundenakquise geprüft werden.

Ratsherr Wagner ergänzt, dass die Wiederherstellung von Gehwegen nach dem Verlegen der Leitungen nicht fachmännisch erfolge.

Bürgermeister Bommers sagt eine Prüfung für ein mögliches Sondernutzungserfordernis zu. Hinsichtlich der baulichen Mängel seien bereits Kolleginnen und Kollegen unter Hochdruck im Einsatz, um die Baustellen zu kontrollieren und Mängel ggü. den ausführenden Firmen anzuzeigen.

Deutschland-Ticket für Schülerinnen und Schüler

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich nach dem Sachstand einer möglichen Einführung in Meerbusch. Bund und Land förderten die Einführung des Deutschland-Tickets für anspruchsberechtigte Schülerinnen und Schüler als Ersatz für das „Schoko-Ticket“, alle anderen Schülerinnen und Schüler hätten darüber hinaus ein Angebot zum Kauf des Deutschland-Tickets für 29,- Euro monatlich.

Bürgermeister Bommers erläutert, dass der Verwaltungsvorstand das Thema kürzlich beraten habe und mit Blick auf die sehr kurzfristige Entscheidungsfrist sowie die unklare Folgefinanzierung durch Bund und Land auf eine entsprechende Einführung verzichten wolle; auch hätten sich umliegende Kommunen aufgrund der Kurzfristigkeit bislang nicht entscheiden können. Ein Verzicht auf die Teilnahme an der Förderung führe zu keiner Verschlechterung des Ist-Standes der Versorgung von Schülerinnen und Schülern mit Nahverkehrsangeboten und „Schoko-Tickets“. Die zusätzlichen Kosten für die Stadt beliefen sich auf rund 120.000 Euro jährlich.

Ratsherr Jörgens und Ratsfrau Niederdellmann-Siemes kritisieren die Kurzfristigkeit des landesseitig gegebenen Angebotes. Mit Blick auf die Zukunft solle dieses jedoch nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Dezernent Annacker ergänzt hierzu, dass es keinerlei Finanzierungszusagen für die Zukunft über das Schuljahr 23/24 hinaus gebe – bei einer Wahrnehmung des Angebotes sei daher mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen. Eine einjährige Anschubfinanzierung sei nicht akzeptabel.

Ratsherr Peters, Ratsfrau Kanders und Ratsfrau Diesel schlagen mit Blick auf die Kurzfristigkeit einen Vorratsbeschluss des Rates vor, damit die Verwaltung nach dem Vorliegen weiterer Erkenntnisse und Informationen ggfs. kurzfristig handeln könne.

Stadtkämmerer Volmerich weist auf die volatile Finanzsituation der Stadt hin, die eine pauschale Finanzierung etwaiger Angebote nicht erlaube.

Ratsherr Peters beantragt eine Sitzungsunterbrechung zur fraktionsseitigen Beratung des Themas.

Dem Antrag wird stattgegeben und die Sitzung für 15 Minuten unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung beantragt Ratsfrau Niederdellmann-Siemes für die SPD-Fraktion eine kurzfristige Sondersitzung des Rates bis zum 20.06., um über eine Teilnahme am Programm zu befinden.

Ratsherr Damblon erklärt die Ablehnung, da der Entscheidung der Verwaltung gefolgt werden solle.

Ratsherr Quaß und Ratsfrau Kohn erklären, dass eine Förderung auch nur für ein Jahr aus ihrer Sicht sinnvoll sei, insofern solle die Frage einer möglichen Anschlussfinanzierung außen vor bleiben. Die Verwaltung solle zudem Entscheidungen aus anderen Kommunen heranziehen.

Bürgermeister Bommers erläutert, dass die beantragte Sondersitzung mit Blick auf das hierzu erforderliche Quorum – 1/5 des Rates oder eine Fraktion – stattzufinden habe. Die Verwaltung werde die Möglichkeiten der Wahrnehmung des Angebotes weitergehend prüfen und auf zusätzliche Informationen sowie interkommunalen Austausch eingehen. Sofern diese Prüfung positiv ausfalle, beabsichtige die Verwaltung eine Dringlichkeitsentscheidung, die eine Sondersitzung obsolet mache. Eine mögliche Sondersitzung könne alternativ am 19.06. stattfinden. Diesem Vorgehen wird zugestimmt.

Weitere Wortmeldungen bestehen nicht.

Meerbusch, den 5. Juli 2023

Christian Bommers
Bürgermeister

Patrick Wirtz
Schriftführer